

In der Senatssitzung am 13. Februar 2024 beschlossene Fassung

Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz

Bremen, 11.02.24

L 12

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 13.02.2024

„Engpässe bei HIV-Medikamenten und Prä-Expositionsprohylaxe (Prep)“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Engpässe bei HIV-Medikamenten und Prä-Expositionsprophylaxe (Prep)

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist aktuell die Versorgungslage bei Medikamenten zur antiretroviralen Therapie von mit dem HI-Virus infizierten Menschen? (bitte aufschlüsseln nach Bremen und Bremerhaven)
2. Wie stellt sich im Land Bremen aktuell die Versorgungslage bei Medikamenten zur Prä-Expositionsprophylaxe dar? (bitte differenzieren nach Bremen und Bremerhaven)
3. Hält der Senat Gesetzesvorgaben auf Bundesebene für sinnvoll, um Versorgungsengpässen bei HIV-Medikamenten oder anderen Arzneimitteln wirksam zu begegnen und inwiefern wird sich der Senat dafür einsetzen?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Für Arzneimittel mit der Wirkstoffkombination Emtricitabin/Tenofovirdisoproxil bestehen derzeit bundesweite Lieferengpässe. Diese Kombination ist zugelassen für die Therapie von HIV-Infektionen und für die Prä-Expositionsprophylaxe zur Reduktion des Risikos einer sexuell erworbenen HIV-1-Infektion bei Erwachsenen und Jugendlichen mit hohem HIV-Risiko.

Gemäß Angaben der pharmazeutischen Unternehmen gegenüber dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte bestehen die gemeldeten Lieferengpässe teilweise bis Ende April dieses Jahres.

Das Bundesministerium für Gesundheit hat am 1. Februar 2024 eine Bekanntmachung des Versorgungsmangels mit diesen Arzneimitteln im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Gemäß Angaben der Apothekerkammer Bremen sind in Deutschland nicht zugelassene Fertigarzneimittel mit dieser Wirkstoffkombination lieferbar. Patient:Innen in Bremen und Bremerhaven können zur Bedarfsdeckung ggf. Importe von nicht in Deutschland zugelassenen Arzneimitteln im Einzelfall über Apotheken beziehen. Die Kostenerstattung ist hierbei abhängig von der Genehmigung entsprechender Kostenvorschläge durch die Krankenkassen.

Der senatorischen Behörde für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz liegen Informationen vor, dass in der Stadt Bremen bereits vereinzelt ärztliche Verordnungen der betreffenden Medikamente nicht von einer Apotheke beliefert werden konnten. Auch liegen Informationen vor, dass Therapien von Bremer Patient:Innen schon von den verordnenden Ärzt:Innen geändert wurden aufgrund des Versorgungsengpasses.

Für die Stadt Bremerhaven wurde bisher nicht bekannt, dass Patienten unversorgt geblieben sind.

Zu weiteren Lieferengpässen in der Gruppe der Arzneimittel zur antiretroviralen Therapie liegen der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz keine Informationen vor. Es wird von nicht eingeschränkter Verfügbarkeit dieser Präparate ausgegangen.

Zu Frage 2:

Es besteht derzeit ein Versorgungsengpass mit in Deutschland zugelassenen Präparaten zur Prä-Expositionsprophylaxe.

Zu Frage 3:

Maßnahmen auf Bundesebene, um den Ursachen von Versorgungsengpässen mit Arzneimitteln wirksam zu begegnen, werden für sinnvoll erachtet. Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz hat sich im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum Arzneimittel-Lieferengpassbekämpfungs- und Versorgungsverbesserungsgesetzes für weitere gesetzliche Maßnahmen ausgesprochen.

Die senatorische Behörde für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz prüft derzeit, ob Regelungen zur Erstattungsfähigkeit von in Deutschland nicht zugelassenen Importen, die zur Versorgung der Bevölkerung während eines Versorgungsmangels eingeführt werden, erforderlich sind und wie entsprechende Rechtsanpassungen gestaltet werden könnten.

C. Alternativen

Keine Alternativen.

D. Finanzielle, personalwirtschaftliche und genderbezogene Auswirkungen

Die Beantwortung der Frage in der Fragestunde hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Das männliche Geschlecht ist vom Versorgungsmangel mit HIV-Medikamenten stärker betroffen, da ein Großteil der deutschen infizierten Personen und Anwender:Innen der Prä-Expositionsprophylaxe männlichen Geschlechts sind.

E. Beteiligung und Abstimmung

Eine Beteiligung und Abstimmung mit dem Magistrat der Stadt Bremerhaven hat stattgefunden.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister wird zugestimmt.

Datenschutzrechtliche Belange wurden beachtet.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz vom 11.02.24 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der DIE LINKE für die Fragestunde der Bremischen Stadtbürgerschaft/Bürgerschaft (Landtag) zu.